

16.48

**Abgeordnete Petra Wimmer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, wir beruhigen uns wieder ein bisschen! Liebe Kollegin Carmen Jeitler-Cincelli, wir sind auch sehr daran interessiert, dass Frauen Vollzeit arbeiten können. Dafür braucht es aber ausreichende Kinderbetreuung, und wir werden weiterhin am Rechtsanspruch für Kinderbetreuung dranbleiben. (*Beifall bei der SPÖ sowie der Abg. Künsberg Sarre.*)

Nun zum Thema: Nach unzähligen Hilferufen aus der Bevölkerung hat die Regierung nun endlich reagiert und das sogenannte Antiteuerungspaket in Aussicht gestellt, das wir heute schon ausführlich diskutieren. Ich habe gut zugehört, und ich muss Ihnen, liebe Menschen, liebe Familien in Österreich, sagen: Es ist leider eine Mogelpackung. Ich erkläre das auch gleich. Angekündigt wurde eine Einmalzahlung der Familienbeihilfe und eine jährliche Valorisierung, das heißt, eine jährliche Anpassung, eine Erhöhung der Familienbeihilfe. Beschlossen wird davon heute hier im Hohen Haus nur die Einmalzahlung, nur die 180 Euro im August. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Valorisierung der Familienbeihilfe steht nicht auf der Tagesordnung, die wird erst im Zuge des Budgets im Herbst, im Oktober beschlossen. Sie ist also aufgeschoben.

Die angekündigte Erhöhung des Kindermehrbeitrags wird auch erst mit der Arbeitnehmerveranlagung 2023 ausbezahlt. Das bringt den Familien jetzt in der akuten Notlage, in der sie sind, gar nichts, kein Geld auf ihr Konto.

Die Erhöhung des Familienbonus bringt vor allem den Familien etwas, die ein hohes Einkommen haben, die können den voll ausschöpfen. (*Abg. Schnabel: Das stimmt auch nicht!*) Das sind aber die Familien, die die Teuerung noch am besten verkraften können. Die, die am wenigsten haben, kriegen am wenigsten, sind aber mit der Teuerung am meisten belastet. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Heute wird also nur eine Einmalzahlung von 180 Euro beschlossen, alle anderen Maßnahmen folgen erst später, im nächsten Jahr oder im Herbst. Dabei sagt selbst der Fiskalrat, dass die einkommensschwächsten Haushalte aufgrund der aktuellen Inflation 660 Euro an Mehrkosten haben. 660 Euro Mehrkosten sind für Familien, die vor dieser Teuerung und vor diesen Krisen, die wir zu bewältigen haben, schon am Limit waren und schon nicht mehr gewusst haben, ob sie den Strom bezahlen und ausreichend Lebensmittel kaufen können, teilweise nicht mehr zu stemmen.

Die Inflation beträgt beim Miniwarenkorb – da sind die Dinge drinnen, die wir täglich brauchen, das sind Nahrungsmittel, das ist Treibstoff – 15,4 Prozent. Man hat 15,4 Prozent an Mehrkosten beim täglichen Einkauf. Die Reaktionen sehen wir schon:

Die langen Schlangen an den Tafeln und bei den Sozialmärkten zeigen, wie akut die Situation ist. Ich kann Ihnen nur raten, liebe Regierungsmitglieder und Regierungsfraktionen: Schauen Sie sich das einfach einmal an! Gehen Sie hin und schauen Sie sich das an! Machen Sie sich ein Bild! Ich bin regelmäßig dort, und ich kann Ihnen sagen, ich treffe dort nicht nur die Ärmsten unserer Gesellschaft. Ich treffe dort die Alleinerzieherin, ich treffe dort die Pensionistin, und ich treffe dort vor allem Familien mit mehreren Kindern. Das wird sich noch steigern. Es ist also einfach wichtig, diesen Menschen unverzüglich und nachhaltig zu helfen. (*Beifall bei der SPÖ.* – Vizekanzler **Kogler:** Ja, eh!)

Werte Bundesregierung! Herr Bundeskanzler in Abwesenheit! Einmalzahlungen sind einfach nicht geeignet, die Inflation an der Wurzel zu bekämpfen, um einen permanenten und zumindest teilweisen Ausgleich zu schaffen. Eine Senkung oder befristete Abschaffung der Mehrwertsteuer auf die Lebensmittel des täglichen Bedarfs – also Milch oder Butter, Produkte, die wir täglich brauchen – für die Dauer der Krise hätte einen nachhaltigen Effekt, den die Menschen bei jedem einzelnen Einkauf spüren würden. (*Vizekanzler Kogler:* Ja, wenn das zu 100 Prozent weitergegeben würde!)

Bundeskanzler Nehammer hat es selbst gesagt, ich zitiere ihn hier kurz: „Es gibt keine Denkverbote. [...] Der Frage Mehrwertsteuersenkung auf Lebensmittel widmen wir uns jetzt. Da muss man zum Beispiel diskutieren, welche Lebensmittel sollen davon erfasst sein.“ – Das sind die Worte des Bundeskanzlers. Leider werden diese von den Regierungsparteien nicht gehört und schon gar nicht umgesetzt.

Daher bringe ich heute im Namen meiner Fraktion folgenden Antrag ein:

### **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Jörg Leichtfried, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Nur Mut zur Umsetzung der Idee des Bundeskanzlers – setzten wir die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel für die Zeit der Krise aus“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Idee des Bundeskanzlers umzusetzen und ein Paket für die befristete Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel des täglichen Bedarfs – inklusive scharfer Preiskontrollen – dem Nationalrat umgehend zuzuleiten.“

\*\*\*\*\*

Werte Regierungsparteien, wenn Sie die Worte Ihres Bundeskanzlers ernst nehmen, können Sie die Chance nutzen und unserem Antrag heute zustimmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

16.53

*Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:*

### **Entschließungsantrag**

*der Abgeordneten Jörg Leichtfried, Petra Wimmer Genossinnen und Genossen*

*Betreffend: Nur Mut zur Umsetzung der Idee des Bundeskanzlers – setzten wir die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel für die Zeit der Krise aus.*

*eingebracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Budgetausschusses über den Antrag 2662/A der Abgeordneten August Wöginger, Sigrid Maurer, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, das Kommunalsteuergesetz 1993, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Nationale Emissionszertifikatehandelsgesetz 2022, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das COVID-19-Gesetz-Armut, das Pensionsgesetz 1965 und das Bundesbahn-Pensionsgesetz geändert werden sowie das Bundesgesetz über einen Ausgleich inflationsbedingt hoher Lebenshaltungs- und Wohnkosten (Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz- LWA-G) und das Bundesgesetz über den Teuerungsausgleich für Bezieherinnen und Bezieher von Förderungen nach dem Studienförderungsgesetz erlassen werden (Teuerungs-Entlastungspaket) (1563 d. B.)*

*Bundeskanzler Karl Nehammer hat nach Verkündigung des Regierungspaketes unter anderem auf die Frage, ob das alles ausreichend ist, folgendes gesagt:*

*„Es gibt keine Denkverbote, sondern nur die Frage, was ist wirksam und was heben wir für einen späteren Zeitpunkt auf, wenn es nicht mehr anders geht. Der Frage Mehrwertsteuersenkung auf Lebensmittel widmen wir uns jetzt. Da muss man zum Beispiel diskutieren, welche Lebensmittel sollen davon erfasst sein.“*

*Der Bundeskanzler hat im Zuge dieser Interviews auch viele andere, sehr ehrliche Dinge gesagt, die aber gleichzeitig das eigene Paket entlarven. Besonders bemerkenswert war dabei der Satz: „Geld zurück, das die Teuerung genommen hat“. Tatsächlich sind diese Einmalzahlungen maximal dazu geeignet, einen Teil des Geldes*

*an die Menschen zurückzugeben, dass ihnen die Teuerung schon längst weggenommen hat – etwa durch horrende Nachzahlungen bei Strom- und Gasrechnungen.*

*Einmalzahlungen sind weder geeignet, die Inflation an den Wurzeln zu bekämpfen, noch um einen permanenten – zumindest teilweisen – Ausgleich dafür zu schaffen.*

*Eine Senkung bzw. befristete Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel des täglichen Bedarfs – also etwa bei Milch und Butter – für die Dauer der Krise hätte einen nachhaltigen Effekt, den die Menschen bei jedem Einkauf spüren würden.*

*Die EU-Kommission hat die Mehrwertsteuerrichtlinie angepasst, um es den Ländern zu ermöglichen, für bestimmte Produktgruppen – und dazu zählen eben auch Lebensmittel des täglichen Bedarfs – die Mehrwertsteuer auf 0 zu setzen. Die Regierung müsste diesen Vorschlag nur noch in nationales Recht gießen.*

*Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden*

*Etschließungsantrag*

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

*„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Idee des Bundeskanzlers umzusetzen und ein Paket für die befristete Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel des täglichen Bedarfs – inklusive scharfer Preiskontrollen – dem Nationalrat umgehend zuzuleiten“.*

\*\*\*\*\*

**Präsident Ing. Norbert Hofer:** Der Entschließungsantrag ist ordnungsgemäß eingebracht und steht somit auch in Verhandlung.

Zu Wort gelangt nun Frau Dr.<sup>in</sup> Elisabeth Götze. – Bitte schön, Frau Abgeordnete.